

Unser Jahresrückblick 2019 vor Ort im Südschwarzwald, Teil 2:

Der wachsenden Zahl derer im Kleinen Wiesental, die sich einen offenen Umgang seitens der Verwaltungen auf lokaler und Landkreis-Ebene gewünscht und vorgestellt hatten, stellten sich bei den Vorgängen und Auseinandersetzungen ein ums andere Mal zweifelnde Fragen oder geäußertes Unverständnis.

So auch zum Bürgermeister-Verhalten. Spätestens dann, wenn es um Äußerungen von ihm ging, die so ganz und gar nicht mit der Realität in Übereinstimmung zu bringen waren. Oder gar um strukturelle Gewaltmaßnahmen, heraus aus seiner Position als Bürgermeister, wie persönliche Nachstellungen und Angriffe gegenüber Windkraft-Kritikern, die für Konfusion und Kopfschütteln sorgten. Und dabei nicht nur einmal die Frage aufwarfen, ob denn die Grundeinstellung dieses Bürgermeisters kritischen Bürgern gegenüber, den Erfordernissen seines Amtes gerecht werden kann.

Dabei hatte es dieser Bürgermeister vor seiner Wiederwahl doch bewusst darauf angelegt, die Windkraft nicht zu thematisieren. Um sie dann allerdings mit Vehemenz hernach zu forcieren. Vorbei am gutmeinenden Bürger, denjenigen die nichts Arges wähten, aber auch denjenigen, die sich auf seine Worte, „der Flächennutzungsplan soll doch nur den Wildwuchs vermeiden“ verlassen hatten. Dass der Wildwuchs jetzt in dieser Form einer höchst bedenklichen Unterstützung von Windenergie-Unternehmen, wie ENERCON und EWS, wuchert, konnten diejenigen nicht glauben, die sich zuvor bei diesem Bürgermeister über dessen wahre Gedanken und Pläne zur Windkraft ein Bild machen wollten. Wohlgemerkt, nach der (vermeintlichen) aber öffentlichen Absage des Investors EWS im Jahre 2014.

Dies alles ist, wie sagt man so schön, Schnee von gestern. So auch die darauffolgende Erklärung von Herrn Schönbett, er wollte ja nur die Pferde (vielleicht auch Schafe nach seinem Verständnis?) nicht scheu machen. Genauso, wie die vielen kleinen Ereignisse (oder nennt man sie Trickserien?), wie die Veröffentlichung der entscheidenden Gemeinderatssitzung zur Vertrags-Abstimmung, die rein zufällig weder in der örtlichen Presse, noch im Gemeindeblatt zu lesen war. Nein, im Kasten am Rathaus, an dem, so scheint es der Bürgermeister zu vermuten, vor jeder Gemeinderatssitzung die gesamte Einwohnerschaft einer großflächigen Gemeinde vorbeigeht.

Im gleichen Verständnis verlief denn auch der sich von 2016 bis Anfang 2018 hinziehende Prozess der Regionalplanung der Regionalplanungsverbands Hochrhein-Bodensee mit seiner Zuständigkeit für große Teile des Südschwarzwalds. In diesem Zeitraum mit der Landrätin des Landkreises Lörrach an der Spitze. Teilnehmer ebenso die kommunalen Oberhäupter der betroffenen Region, so wie der Bürgermeister des Kleinen Wiesentals. Denn so sieht es nun einmal das Raumordnungsgesetz vor, da nicht nur „von oben nach unten“ geplant werden soll. Und so besagt Paragraph 1, in dem dieses sogenannte Gegenstrom-Prinzip formuliert ist, dass auch nach den Wünschen der „Unteren“ geplant werden soll. Herausgekommen ist überraschend, dass die Planungsfläche für Windkraftanlagen auf dem Höhenzug des Zeller Blauen von 175 Hektar auf 45 Hektar verkleinert wurde.

Verkündet, etwa, wurde dies nicht durch besagten Bürgermeister, auch nicht der zuvor erfolgte Planungsverlauf. Und die Erklärung hatte er auch parat, gibt es doch, seit die windkraftfanatische, grün dominierte Landesregierung im Jahr 2011 der Regionalplanung den verbindlichen Charakter entzogen hatte, keine Verpflichtung, diese seitens der Kommune zu übernehmen. Die Arbeit dieser vom Steuerzahler bezahlten teuren Organisation bestätigte er denn auch als ABM-Maßnahme (Arbeitsbeschaffungsmaßnahme), seine Mitwirkung darin, darf vermutet werden, sieht er ebenso.

Grundsätzlich hat sich an dieser Vorgehensweise nichts geändert. Unsere Offenlegungsanträge mit den vielen Schwärzungen und weißen Seiten der uns vorgelegten Dokumente belegen dies in erschreckend eindrucksvoller Weise. Die Substanz der Verlautbarungen zur Windkraftplanung ebenso. Wer dahinter eine Entmündigung der Bürger vermutet, wird nicht enttäuscht sein.

Apropos Verlautbarungen zur Windkraft durch die Gemeindeverwaltung: Neuerdings delegiert der Bürgermeister die Verantwortung dazu sogar an seinen Geschäftspartner EWS, von dem er sich allein gelassen fühle bei dessen Informationsgebaren. Als ob es der Herr Schönbett nicht besser wüsste. War er es doch, der den Vertrag ohne gültigen Gemeinderatsbeschluss unterzeichnet hat. Und weiß er damit doch, was er seinen Bürgern vermitteln müsste, sollten tatsächlich Windkraft-Industrieanlagen auf dem Höhenrücken des Zeller Blauen gebaut werden. Aber nein, die Rolle eines Weltenretters - Hand in Hand, nebeneinander aufgereiht bei Vortragsveranstaltungen mit den Geschäftsfreunden aus dem Hause EWS lässt sich einfacher und angenehmer aussitzen, als die Verbreitung unangenehmer Wahrheiten im Amt des dafür verantwortlichen Bürgermeisters. Der nicht so ganz faire und durchsichtige Fingerzeig auf den vorgegeben „enttäuschenden“ Geschäftspartner EWS gibt dabei einen kleinen Einblick in das Innenleben eines Bürgermeisters.

Die sich dabei stellende Frage zur Glaubwürdigkeit wirft dann auch ein bezeichnendes Licht auf die sich gerade in jüngster Zeit häufenden Aktionen, bei denen vorgegebene Sachinformation und vermeintliche offene Auseinandersetzung hinter schnöder und flacher, wenngleich durchaus geschickt inszenierter PR-Darstellung verschwindet.

Nicht ohne Grund haben wir uns aus einem sogenannten „Energie-Dialog“ herausgehalten, dessen Name in beiderlei Hinsicht nicht eingehalten wird. Denn weder wird offen das sehr komplexe Thema Energie in aller sachlichen Notwendigkeit umfassend diskutiert, noch werden in der gebotenen Offenheit alle erforderlichen Themenpunkte hinlänglich erörtert. So, wie es für uns, bevor wir uns gegen eine Teilnahme ausgesprochen haben, in den Vorgesprächen sichtbar wurde. Und wie es sich auch jetzt erweist. Mit bagatellisierenden und beschönigenden Beschreibungen von Windindustrie-Anlagen und einer perfiden, generations- oder kulturellen Zuweisung als vermeintliche Zukunftsverhinderer oder Ewig-Gestrige, als die angeblich wenigen, die sich gegen Windkraft im Wald aussprechen.

Die Spaltung, die man diesen zum großen Teil betroffenen Menschen so gerne in die Schuhe schiebt, sie geht von denen aus, die solche Worte mit einer psychologisch durchaus geschickten, aber ebenso abgrundtiefen Moral in ihrer hervorgebrachten lautstarke Empörung an die Menschen der Gemeinde veranlassen und verfassen. Mit Sachinformation oder-diskussion hat dies nichts, gar nichts, zu tun.

Dafür werden postfaktisch während einer Veranstaltung Behauptungen über angebliche Planzahlen von sechsunddreißig oder gar vierundvierzig Windindustrie-Anlagen aufgestellt. Der Heiligenschein für den Bürgermeister wurde dabei dann auch frei Haus mitgeliefert. Denn die Verhinderung einer solchen Monstrosität wird nur dessen glorreichem Wirken zugeordnet. Ein Beleg, freilich, findet sich nicht dafür, dass derartige Planungen überhaupt genehmigungsfähig gewesen wären. Der Himmel weiß, wer so etwas ernsthaft im Kopf hatte.

Einmal unabhängig von der Tatsache, dass es sich bei der jüngsten Stufe dieses „Energie-Dialogs“, dem „Offenen Brief des Gemeinderats“ um ein Erzeugnis des von Bürgermeister Schönbett gerufenen und vom windkraftfixierten Umweltminister beauftragten und somit vom Steuerzahler bezahlten PR-Beraters Lenz handelt. Es ist die gleiche bereits beschriebene „Masche“, mit der dieser Bürgermeister Aufgaben delegiert, mit denen er eigentlich seit Jahren, seit Beginn der Windkraft-Diskussion selbst hätte sein Amt ausfüllen müssen. Jetzt, so das Fazit dieses Schreibens des PR-Beraters, von „einem wichtigen Meilenstein auf dem Weg zur Normalisierung der Diskussionen im

Tal hin zu einer Versachlichung des Themas Windenergie“ zu schreiben, ist nicht nur falsch und anmaßend. Es ist ein Eingeständnis des seit 10 Jahren im Amt befindlichen Bürgermeisters Schönbett, jede normale und notwendige Diskussion mit sachbezogenen neutralen Beiträgen zur Energiewende und damit zur Windkraft im besonderen nicht zustande gebracht zu haben und zugleich vor allem ein objektiv fundiertes Verständnis der Menschen im Tal verhindert hat.

Die im Rahmen dieser „Offensive“ des Bürgermeisters Schönbett stattfindenden Offenen Briefe von Parteigängern (von denen nicht wenige als Grundstücksbesitzer, EWS-Mitarbeiter sich finanzielle Vorteile erhoffen) und weiteren „Fachveranstaltungen“ mit politischen Claqueuren werden dabei vor dem Hintergrund vielfach fehlender Qualifikation kaum imstande sein können, Erhellendes außer der wie nur allzu häufig herbeigeredeteten „Überzeugung“ zu Tage zu fördern. Haben doch die da in Erscheinung tretenden Namen bisher hinreichend deutlich gemacht, dass ihnen außer dieser „Überzeugung“ noch nichts Elementares über die Lippen gekommen ist. Bis hin zum Eingeständnis desselben Bürgermeisters, der in seiner Gemeinde für die Windkraft abgestimmt hat, dass er von Windkraft nichts verstehen würde.

Und immer wieder tauchte in den Generalanfeindungen des Herrn Bürgermeisters und seiner Parteigänger das mittlerweile berühmtberühmte Wort eines „Tones“ auf. Dieser „Ton“, auf den schon im Vorjahr keine Antwort von Seiten derjenigen gegeben werden konnte, was sie denn unter diesem Begriff verstehen würden - die aber den übrigen Bürgern Gesundheitsgefährdendes, Naturzerstörerisches, Wertminderndes und dauerhaft Landschaftszerstörendes vor und hinter das Haus stellen wollen - dieser „Ton“ hat sich herausgestellt als einfacher, wohlbegründeter Widerspruch. Denen gegenüber, die sich hiervon direkte oder indirekte Vorteile versprechen. Vorteile bei der Umsetzung Ihrer Vorstellung von Umweltrettung bis hin zur Missionierung anders Denkender. Mit zuweilen nötigendem Charakter, wenn es ihnen zum Beispiel darum geht, für ihre angeblichen Solidaritätsbekundungen Unterschriften von Bürgern einzuholen, denen der spätere Text und Inhalt „Offener Briefe“ vorenthalten wurde.

Die durch die Politik durchaus gewollte Korrumpierung, sie hat längst ihre Spuren hinterlassen und ihre Opfer auf beiden Seiten gefunden. Lobbyismus und EEG lassen grüßen.

Und dann gab es da noch die Befragung der Menschen in dem von den Windkraftplänen so arg betroffenen Ortsteil Bürchau. Gemeinsam initiiert vom Gemeinderat des Kleinen Wiesentals, dem Bürchauer Ortschaftsrat und dem Bürgermeister. Kurz und knapp: Erwartungsgemäß zeigte sich eine eindeutige Mehrheit auf Seiten der Windkraft-Gegner mit circa 65 Prozent der dortigen Einwohner. Weitere Stimmabgaben, die die Quote auf weit über 70 Prozent getrieben hätten, wurden nicht mitgezählt.

Garniert wurde dies mit der inzwischen nicht mehr überraschenden Ignoranz eines Bürgermeisters, der dieses für ihn katastrophale Ergebnis mit dem Hinweis zu bagatellisieren versuchte, er hätte mit einer höheren Abstimmungsbeteiligung und Ablehnung gerechnet. Etwaigen Versuchen aus Gemeinderatskreisen, durch neuerliche Abstimmungen den Vertrag mit den Investoren außer Kraft setzen zu wollen, hatte Herr Schönbett schon zuvor mit Hinweis auf sein Veto-Recht bereits einen Riegel vorgeschoben.

Jeder, nicht nur im Kleinen Wiesental, mag sich seinen Reim hierauf, vielmehr auf das Demokratieverständnis des Bürgermeisters machen, der nicht etwa als totalitäre Präsidialfigur in sein Amt gewählt wurde. Besonders, wenn derselbe Bürgermeister bei seiner Wiederwahl noch nicht einmal eine Wahlbeteiligungsquote von 47 Prozent und 17 Prozent aller Wahlberechtigten für sich gewinnen konnte.

Und damit befinden wir uns im letzten Teil unseres Jahresrückblicks, bei dem natürlich auch unsere nördliche Nachbargemeinde mit ihrer Abstimmung zur Initiierung eines Bürgerbegehrens nicht fehlen darf. Kurz und knapp: Der Gemeinderat hatte sich nach der klipp und klaren Abstimmung mit circa 53 Prozent der Wählerstimmen für eine Aufnahme der Vertragsauflösungsverhandlungen entschlossen. In einer schriftlichen Stellungnahme haben sich EWS und ENERCON gegen jegliche Auflösungsverhandlungen ausgesprochen. Das Verfahren ist damit nicht beendet. Entsprechende Schritte zum weiteren Handeln werden z.Zt. juristisch geprüft.

Ohnehin, es wird so einiges derzeit geprüft. So auch bei den Auseinandersetzungen im Regierungspräsidium in Freiburg, wo über das letztjährige „Avifaunistische Gutachten“ und die diesjährigen bedenklichen Bemühungen von EWS/ENERCON, dies zu relativieren und mithilfe des Paragraphen 45 des Bundesnaturschutzgesetzes außer Kraft zu setzen, heftig gestritten wird. Was nicht nur aus der uns vor wenigen Tagen zugesandten Stellungnahme zu ersehen ist.

Und eine dieser Prüfungen hat dann letztendlich im Falle einer benachbarten Bürgerinitiative zu einem Gerichtsverfahren und abschließendem Urteil geführt, das für alle Windkraftplanungen in Baden-Württemberg von hoher Relevanz ist. Die auch für unsere juristischen Belange tätige Karlsruher Anwaltssozietät CaemmererLenz hat mit ihrem Verwaltungsrechtler Dr. Rico Faller in einem Urteil feststellen lassen, dass die bisher von der Landesregierung BW praktizierten Vorgaben gegen Immissionsschutzrecht und Umweltverfahrensrecht verstoßen hat und damit ein Bauverbot gegen die „Windparks“ Blumberg und Länge erwirkt. Ein Urteil, das auch seine Auswirkungen auf die hier geplanten Windindustrieanlagen im Wald werfen wird und damit unsere Bestrebungen unterstützt.

Wir haben naturgemäß nicht über alles in der vielleicht erforderlichen Ausführlichkeit gesprochen. Vieles, das mit gutem Grund der Öffentlichkeit hätte zugänglich gemacht werden können. Dazu gehören mehrfache Sachbeschädigungen an Fahrzeugen der Mitglieder und den Plakaten der BI auf Privatgrundstücken. Nicht zuletzt beleidigende Betitelungen einzelner von uns, verbunden mit nicht gezählten und vorsätzlichen Verunglimpfungen. Ausgesprochen auch durch Personen der beteiligten Kommunen und des Landkreises, die sich selbst zu den Honoratioren zählen. Im Tonfall derer, die sich hochmoralisch über der Allgemeinheit wähnen und allzu gerne mit dem Finger auf andere zeigen.

Belassen wir es erst einmal bei diesem Rückblick, liebe Leserinnen und Leser. Mit den im Jahr 2019 manchmal gar nicht so banalen „Kleinigkeiten“, mit denen unsere Windkraft-Planungsaufarbeitung leider allzu vollgeplastert war. Wir werden im vor uns liegenden Jahr die sich uns darstellenden Details und alle neu hinzukommenden Fakten und Erkenntnisse aufarbeiten, um letztendlich unser Ziel eines weitestgehend windkraftfreien Schwarzwalds zu erreichen.